

„Ich stimme Ihnen zu - Bildung ist überaus wichtig, ist unsere Zukunft, ist Investition und nicht Konsum. Ich werde mich mit meinen Kreistags-Fraktionskollegen beraten, wie wir Ihre Initiative unterstützen können.“

„wir unterstützen Euer Anliegen voll und werden uns beim Landrat in Heilbronn für eine entsprechende Aussage Richtung Land einsetzen.

Im Landkreis Heilbronn waren wir u.a. für die kostenfreie Beförderung der SchülerInnen der SBBZs. Leider nicht für alle SchülerInnen erfolgreich, aber wir bleiben dran.“

„haben Sie vielen Dank für die Zusendung Ihres Appells und Ihrer Initiative. Ich unterstütze das Anliegen, Bildungsangebote in unserem Land kostenfrei und damit chancengleicher und barriereärmer zu gestalten, gerne. **Dass hier das Land vergleichsweise mehr tun könnte, um die unterschiedlich gut situierten Kommunen im Land nicht im Regen stehen zu lassen und es vom Zufall abhängig zu machen, welche Rahmenbedingungen bestehen, ist eine wichtige Forderung.** Danke Ihnen für Ihre Initiative.“

„danke für Ihre Informationen.

Ihre Argumente sind stark und gut nachvollziehbar. Ich werde mich an unsere Landtagsabgeordneten wenden und außerdem werden wir dieses Thema auch in einer der nächsten Kreistagsfraktionssitzungen besprechen.“

„Im Namen der Kreistagsvereinigung der Freien Wähler e.V. kann ich Ihnen wie folgt antworten:

Ihre Belange in Ihrem Schreiben vom 13.02.2023 betreffen eine Angelegenheit des Landes und fällt daher nicht in die Zuständigkeit des Kreises. Mithin ist der Kreistag nicht zuständig. Daher sind Ihre Ausführungen auf Landesebene richtig adressiert.“

„herzlichen Dank für Ihre Mail und die Informationen, welche Sie mir übersandt haben. Ich denke, dass Sie in unserem Rechtsstaat das geeignete Mittel der Verfassungsbeschwerde gewählt haben. Gibt es schon Informationen darüber bis wann mit einer Entscheidung des VGH BW gerechnet werden kann? Wurde ein Anhörungstermin vereinbart? Ich bin sehr auf das Urteil gespannt. Gerade für die Kommunen stellen die von Ihnen kritisch hinterfragten FAG-Regelungen ebenfalls eine enorme finanzielle Belastung dar, da wir die ungedeckten Aufwände aus den Schülerbeförderungskosten über die Kreisumlagen decken müssen. Weiterhin müssen wir als Schulträger steigende Ansprüche an die Ausstattung der Schulen sowohl technischer, baulicher als auch personeller und sachlicher Mittel bewerkstelligen ohne hierfür einen ausreichenden Finanzausgleich von Bund und Land zu erhalten. Seit Jahrzehnten fordern daher unsere kommunalen Spitzenverbände einen gerechten Finanzausgleich nach dem Konnexitätsprinzip ein. In der Praxis führen diese ungerechten Finanzierungen nämlich dazu, dass Schulen in Trägerschaft finanzschwacher Kommunen schlichtweg schlechter ausgestattet werden können. Als Stellvertretender Vorsitzender werde ich Ihren Appell in der kommenden Kreistagsfraktionssitzung der Freien Wähler für den Landkreis ansprechen und gemeinsam Überlegungen anstellen, wie wir Ihr Anliegen politisch flankieren könnten. Die Fraktionskollegen:innen erhalten eine BCC-Mail zur Kenntnis.

„Ihr Anliegen, dass "das Land Baden-Württemberg zukünftig den Kommunen ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, damit Familien nicht weiterhin mit den Kosten für den Schulbesuch ihrer Kinder belastet werden.", halte ich für berechtigt und unterstütze es gerne. Ich wünsche Ihrem Vorhaben viel Erfolg.“

„im Jahr 2015 hat mir der damalige Rektor der Alice-Salomon-Schule Hechingen als Elternvertreter ein Mail zugesandt, in dem genau diese Thematik Bestandteil eines Fernsehbeitrages des SWR war. (*dieser war bereits auch von unserer Initiative Anm. der Red.*) Knapp 8 Jahre später ist die Problematik so aktuell, wie eh und je.

Als Vater von inzwischen 4 erwachsenen Kindern und Großvater von 2 Enkeln und an der Bildungspolitik sehr interessiertem Menschen, kann ich Ihr Anliegen mehr als nur nachvollziehen. (.....) Meine Unterstützung bei der Umsetzung dazu passender Projekte haben Sie.“

„vielen Dank für die Zusendung Ihrer Initiative. Für mich als Politiker der FDP steht die Bildungsgerechtigkeit weit vorne in der Prioritätenliste.

Um Ihnen für Ihr Anliegen eine fachlich sehr kompetente Antwort zu geben werde ich diese an unseren bildungspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Herrn MdL Timm Kern, weiterleiten.

Auch werde ich in der Kreistagsfraktion CDU/FDP dieses Thema ansprechen.

Sobald ich entsprechende Rückmeldungen erhalten habe werde ich mich zeitnah bei Ihnen melden.“

vielen Dank für Ihre Mail; ich gehe davon aus, dass Sie diese Info sowohl weiteren Kreistagsmitglieder zugesandt haben als auch die Kreisverwaltung hiervon in Kenntnis gesetzt haben, sodass dieses Thema dann von den Sprecher/innen bzw. der Verwaltung aufgegriffen werden wird.“

„vielen Dank für Ihre Information und die Überlassung der Verfassungsbeschwerde. Ein spannendes Thema! Bitte halten Sie mich über das Verfahren auf dem Laufenden. Der Ausgang interessiert mich sehr. Gerade hier bei uns im ländlichen Raum sind viele Kinder auf den Schulbus angewiesen und die monatlichen Kosten von ca. 40 € für viele Familien inzwischen nicht mehr ohne weiteres bezahlbar. Ich bin mit dieser Problematik auch immer wieder im Rahmen der Bearbeitung von familienrechtlichen Mandaten, bei der Unterhaltsberechnung, befasst. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!“

„Herzlichen Dank für Ihre Zuschrift und insbesondere für Ihr ehrenamtliches Engagement für unsere Eltern (und damit auch unsere Kinder).

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass unsere Familien mit Kindern in Baden-Württemberg oft schlechter gestellt sind als das in anderen Bundesländern der Fall ist. Das ist nicht nur beim Thema Schulbeförderung so, das ist auch in noch viel krasserer Form bei den Kita-Gebühren der Fall. (.....)

Gerade solche extremen Fälle wie in Ihrer Klage geschildert bei verbundübergreifendem Schulweg wird es ab März jedoch nur noch bei Überschreitung der Landesgrenzen geben können.

Solange ich Mitglied des Ludwigsburger Kreistags bin, das ist seit 2009 der Fall, hat sich meine SPD-Fraktion stets für günstigere Schülertickets eingesetzt - nur zweimal hatten wir allerdings damit Erfolg.

Ich wünsche Ihnen viel Kraft bei Ihrem Engagement und viel Erfolg und wünsche mir, dass Sie auch das Problem der Kita-Gebühren nicht vergessen.“

„Ich bin mit Ihnen einig, dass es intensive Gespräche zum Lastenausgleich im Bildungsbereich zwischen Kommunen und dem Land geben muss. Ich bin jedoch nicht mit Ihnen einig, dass hier die Frage der kostenlosen Schülerbeförderung an erster Stelle steht. Alle Städte und Gemeinden im Land stehen vor gewaltigen Herausforderungen bei Sanierung und Ausbau der Schulkapazitäten insgesamt. Hinzu kommen die Aufgaben des gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung in den Schulen ab dem Schuljahr 2026/2027. Diesen Aufgaben stehen Förderungen gegenüber, die entweder – wie die klassische Schulbauförderung – seit Jahrzehnten (!!) nicht mehr angemessen an die aktuelle Baupreisentwicklung angepasst wurden, oder – wie im Falle des Ganztagsausbauprogrammes - wegen zäher Verhandlungen zwischen Bund und Ländern noch immer nicht greifbar sind. Bitte haben Sie daher Verständnis dafür, dass wir zunächst in diesen für die Bildungsqualität sehr bedeutenden Fragen hart mit dem Land verhandeln werden.“ (Vorsitzender einer CDU-Fraktion)

„ich stimme Ihnen zu, dass zum Zweck des Lastenausgleichs im Bildungsbereich Gespräche und Verhandlungen zwischen Kommunen und Land notwendig sind. So sehr ich das Anliegen einer „kostenlosen Schülerbeförderung“ persönlich nachvollziehen kann, kann dieses Thema hierbei nach gebotener Abwägung vorrangigen leider noch nicht an erster Stelle stehen. Land und Kommunen gleichermaßen stehen vor massiven multiplen Herausforderungen im Bildungsbereich: Sanierungsstau bei gebotem Ausbau der Schulkapazitäten insgesamt. Personalmangel allerorten im Angesicht des gleichwohl zu schulternden gesetzlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung in den Schulen ab 2026/2027. Die Förderungen sind unzureichend und sind Gegenstand nicht abgeschlossener Verhandlungen zwischen Bund und Ländern wie insbesondere beim Ganztagsausbauprogramm. Diese Fragen der Bildungsqualität müssen aus meiner Sicht Priorität haben und sind von den Kommunen mit dem Land daher vorrangig zu adressieren und auszuhandeln. Seitens der Politik und Kommunen gleichzeitig „kostenlose Schülerbeförderung“ versprechen zu wollen, scheint mir schlicht nicht leistbar und wäre meiner bescheidenen Meinung nach deshalb zutiefst unseriös.“ (Mitglied derselben CDU-Fraktion)

„Sie sprechen mir aus dem Herzen“

„seit ich im Kreistag sitze, d.h. seit 1994, bin ich als Realschulrektor immer auf Seiten der Schülerinnen und Schüler, bzw. deren Eltern gewesen und konnte schon manche Erhöhung der Schülerbeförderung verhindern oder zumindest abschwächen. Im Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit werde ich Ihr Thema ansprechen und Sie anschließend darüber informieren. Eine Änderung kann es dann erst im Haushalt 2024 geben. Übrigens: Ich erinnere mich, dass Anfang der 90-er Jahren hier im Kreis die Kosten völlig entfallen sind, weil in den Jahren zuvor wohl zu viel Geld von den Eltern eingefordert worden war - es war vor meiner Zeit als Kreisrat, deshalb kenne ich den Vorgang nur von meiner damaligen Schulsekretärin, die keine Anträge mehr ausgeben musste.....Ich hoffe, Ihr Anliegen kann für ganz Baden-Württemberg umgesetzt werden“

„ich bedanke mich für Ihr Schreiben und den Hinweis auf Ihre Thematik. Ich werde mich mit Ihrem Anliegen auseinandersetzen und melde mich gerne, falls weitere Fragen auftauchen sollten.

Ihnen herzlichen Dank für Ihren Einsatz und alles Gute!“ – Kreisrätin FW

„vielen Dank für Ihre Mail mit den enthaltenen Informationen.

Das Anliegen der Elterninitiative ist mir bekannt und ich verfolge die weitere Entwicklung mit großem Interesse. Das Thema ist auch immer wieder Gegenstand von unseren Fraktionsberatungen.“

„vielen Dank für Ihre Nachricht und die Informationen. Ich gehe davon aus, dass Sie den Appell an alle Kreisrätinnen und Kreisräte des Rems-Murr-Kreises versandt haben, weshalb ich Ihnen stellvertretend für die Kreistagsfraktion der Freien Wähler antworte. Der Wegfall der Kosten für den Schulbus wäre für die Eltern zweifelsohne eine Erleichterung. Dies ist aber nur möglich, wenn das Land die Kosten dafür im Sinne der Konnexität übernimmt. **Wir verfolgen insofern gespannt den Ausgang Ihrer Klage.“**

„Ich danke Ihnen, dass Sie für eine Besserung der Bildung unserer Kinder aktiv sind und gegen den bürokratischen-politischen Starrsinn sind bzw. kämpfen. Ich hoffe und wünsche ihnen, dass Sie und alle Eltern ihre Ziele erreichen, damit unsere Kinder wieder eine erstklassige Bildung, wie in den 60-iger,70-iger und 80-iger, erhalten. Da ich seit 1958 in Deutschland lebe, in unserem Ländle studierte und meine 2 Kinder die Schulen besuchten, habe ich leider die negative Entwicklung miterlebt. Deswegen freue mich über Ihre Initiative und wünsche allen Eltern viel Erfolg bei Ihren Bemühungen unsere Bildungsmisere zu verbessern, denn Kinder mit guter Bildung sind unsere Zukunftsträger! Als Stadtrat seit 24 Jahren war ich der einzige Stadtrat unter 32 Räten, der gegen die KITA-Gebühren war, obwohl in finanziell ärmeren Bundesländern Gebührenfreiheit bestand. Machen Sie weiter so, damit sich die zuständigen Politiker ernsthafter über die Bildungsmisere Gedanken machen und bessere Lösungen finden. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit, Geduld und gesunde ! Hartnäckigkeit.“

„herzlichen Dank für Ihr Mail und für Ihr darin beschriebenes große Engagement für unsere Kinder, für deren Zukunft, für Bildungsgerechtigkeit und letztendlich auch für die Zukunft unseres Landes...

Bei mir "rennen Sie offene Türen" ein, angefangen bei der Forderung der Streichung von Elternbeiträgen in Krippen und Kindergärten, über absolute Lernmittelfreiheit, für mehr Schulbetreuern und deren materielle Ausstattung. Jeden Cent, den ich sinnvoll so früh als möglich für das Wohlergehen unserer Kinder einsetzte, spare ich mir später vervielfach an anderer Stelle...

Was die von Ihnen angesprochene Problematik betrifft, bin ich selbstverständlich gerne bereit, in den Gremien, in denen ich vertreten bin, auf Ihr Engagement hinzuweisen und aufmerksam zu machen. Natürlich auch auf der (partei-) politischen Schiene. Sollte Sie ein weiteres persönliches Engagement erwarten, bitte ich Sie mir konkret mitzuteilen, wie ich Ihnen helfen kann. (SPD-Fraktion, Stellv. Bürgermeister)

„vielen Dank für Ihr Schreiben. Diesbezüglich wäre ein Telefonat am besten, damit sie mir den Sachverhalt mündlich erläutern.“ *(zeitlich noch nicht geschafft....Anm. d. Red.)*

„besten Dank für Ihre Mail vom 13.2., über deren Inhalte wir bei nächster Gelegenheit in unsere Kreistagsrunde sprechen werden.“

„haben sie herzlichen Dank für die Informationen Ihrer Arbeit. Ich darf Ihnen versichern, dass wir in der SPD Fraktion des Kreistages diese Ziele seit Jahren konsequent verfolgen. Allerdings kommen wir nur in sehr kleinen Schritten voran. Das hat schlicht und einfach mit den politisch notwendigen Mehrheiten zu tun. Wir werden aber unsere Ziele weiterhin konsequent verfolgen. Sie selbst kann ich nur ermuntern den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiben. Nur wenn aus vielen Richtungen und unterschiedlichen Akteuren beharrlich gearbeitet wird sind Fortschritte zu erzielen.“ (Bürgermeister a.D.)

„vielen Dank für die Informationen. Wir werden das sicherlich in der nächsten Fraktionssitzung ansprechen. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Informationen an alle Mitglieder des Kreistags gesendet haben.“ (Bürgermeister)

„Ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement, für Ihre ausführliche juristische Begründung und für Ihre Sorge um das Wohl unserer Kinder.

Sicherlich ist die Fahrt zur Schule der Schüler*innen für manche Eltern eine finanzielle Belastung.

Woran aber die Bildungsgerechtigkeit scheitert, das sind ganz andere Faktoren:

Unterricht in zu großen Klassen, Lehrermangel, ausfallende Stunden, zu wenig Möglichkeiten des individualisierten Lernens in Kleingruppen.

Als ehemalige Lehrerin und Schulleiterin spreche ich aus Erfahrung mit unzähligen Schüler*innen.

Wenn Sie an Ihre Schulzeit denken, fallen Ihnen bestimmt Lehrkräfte ein, die besonders gut oder weniger geeignet waren. Denn: Auf die Lehrkraft kommt es an.“

„vielen Dank für Ihre Mailnachricht. **Ihre Initiative ist wichtig und im Sinne unserer Gesellschaft notwendig.** Als Stadtrat setze ich mich täglich für Bildungsgerechtigkeit ein und freue mich, engagierte Eltern an der Seite zu wissen. Danke für ihr Engagement und ihren Einsatz.“ (SPD-Fraktionsvorsitzender)

„vielen Dank für die Zusendung, gerne schaue ich die Thematik näher an.

Vorab habe ich 2 Gedanken, sollte die Familie sehr belastet sein gibt es Zuschüsse zum Fahrtgeld und die Bau- bzw. Wohnkosten sind für weiter von einer Kernstadt entfernten Wohnlagen günstiger.

Ich war selbst betroffen.

Bitte geben sie mir etwas Zeit um das Thema zu erarbeiten da ich beiden Seiten gerecht werden möchte auch den angespannten Finanzen des Kreises.“

„Sie rennen mit Ihrem politischen Vorstoß bei uns Grünen offene Türen ein. Auch wir sind der Meinung, dass die Kosten für den Schulbus von der öffentlichen Hand übernommen werden sollten. Im Tübinger Kreistag haben wir bereits mehrere Anträge zur Schülerbeförderung eingereicht bzw. unterstützt.

Wir begrüßen das Einfordern für mehr Bildungsgerechtigkeit auf verschiedenen Ebenen und bestärken Sie in Ihrem Tun.“

„vielen Dank für Ihre informativen Ausführungen.

Bevor ich das berechtigte Anliegen der Initiative für Elternrechte unterstützen kann, bitte ich ergänzend noch um Auskunft, wie die kostenfreie Schülerbeförderung künftig finanziert werden soll. Mir fehlt der Glaube, dass diese Kosten künftig zu 100% vom Land übernommen werden, ohne dass die Zuwendungen an die Kreise und Kommunen an anderer Stelle reduziert werden.

Wie Sie wissen stehen insbesondere die Landkreise und die Kommunen mit ihren Kostenanteilen am geplanten Ausbau des ÖPNV, sowie am 365 Euro- und 49 Euro-Ticket vor ganz erheblichen finanziellen Herausforderungen. Auch belasten die schon an sich jährlich steigenden ÖPNV-Kosten die kommunalen Haushalte immer mehr und sind vielerorts kaum noch zu stemmen. Haltestellen sollen barrierefrei ausgebaut, Strecken sollen saniert, neue Strecken erschlossen, moderne Fahrzeuge angeschafft werden. Hinzu kommen Maßnahmen für den Lärmschutz u.v.m.. Des Weiteren fehlt es überall am Fahrpersonal. Wo soll man sparen? Bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen? Beim Ausbau, Betrieb und Unterhalt der kommunalen Infrastruktur? Beim Personal? Beim kommunalen Wohnungsbau?

Ich war schon immer der Ansicht, dass derjenige, der etwas fordert, gleichzeitig auch Lösungsvorschläge, wie diese Forderung umgesetzt werden könnte, anbieten muss. Sicherlich haben Sie sich dazu auch Gedanken gemacht, wo im Landeshaushalt die zusätzlich benötigten Mittel generiert werden sollen. Eine Finanzierung über Schulden lehne ich ab. Meine Idee dazu wäre z.B., dass die hierfür benötigten Geldmittel aus den Landesbeiträgen für den Länderfinanzausgleich herausgenommen werden sollten.

Für Ihre Rückmeldung bedanke ich mich im Voraus bereits herzlich.“ *(hier wurde bereits gezielt geantwortet - Anm d. Red.)*

„Danke für Ihre Mail und Infos. Ich bin vollkommen bei Ihrem Ziel, dass das Land BW die Kosten für die notwendigen Schülerbeförderungen bis zum Ende der Schulpflicht vollständig tragen und den Stadt- und Landkreisen in ausreichender Höhe ersetzen muss. (Ein weiteres sehr großes Problem ist) „

„vielen Dank für die Zusendung der Infos über den Teilaspekt Ihrer Elterninitiative zum Thema ÖPNV und Bildungsgerechtigkeit.

Das Thema ÖPNV und dessen Finanzierung ist extrem vielschichtig. Auch wir Grünen im Kreistag treibt dies um. Wir leben im Kreis Freudenstadt in einem ländlich geprägten Flächenlandkreis mit teilweise sehr dünnem ÖPNVangebot. Der Kreistag hat sich entschieden an einem Modellprojekt teilzunehmen und nimmt dafür in den nächsten Jahren sehr viel Geld in die Hand. Dabei soll vereinfacht gesagt das Angebot auf mindestens ein stündliches ausgebaut werden, weil wir der Meinung sind, dass zunächst das Angebot geschaffen werden muss um überhaupt verlässlich von A nach B zu kommen. Erfreulicherweise führt Baden-Württemberg nun zum 1. März das landesweite Jugendticket ein. Mit diesem Ticket können SchülerInnen, Jugendliche, Auszubildende dann für umgerechnet 1 € am Tag in ganz Baden-Württemberg den ÖPNV benutzen. Ich persönlich meine, dass dies ein super Angebot ist. Neben der schulischen Bildung ermöglicht dieses Ticket den Zugang zu informeller Bildung auch in der Freizeit und

weit über die bisherigen „Waben“grenzen hinaus.

Wünschenswert wäre es natürlich, dass dies alles kostenfrei machbar wäre, aber wie Sie schon richtig ausgeführt haben, ist dafür eigentlich das Land zuständig. Wir im Kreis oder in der Kommune können dies, neben all den anderen Jugendhilfeausgaben, nur immer wieder ans Land weitertragen, aber eben nicht aus der Tasche unserer KreisbewohnerInnen finanzieren.

Der Besuch eines Kindergartens oder einer Krippe müsste eigentlich ebenfalls kostenfrei sein, da es sich hier meiner Meinung nach auch um Bildungseinrichtungen handelt.“

„wir begrüßen als Stadträte der Partei DIE LINKE im Gemeinderat Ihre Initiative für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg. Die Familien von den Schülerbeförderungskosten zu entlasten, können wir in vollem Umfang unterstützen. Wir wenden uns seit langem in Heilbronn gegen die zunehmende Bildungsungerechtigkeit, die durch immer mehr Privatschulen verschärft wird. Dort wird Schulgeld verlangt, über das es vielen Familien nicht möglich ist, in solchen Schulen ihre Kinder zum Unterricht anzumelden. Besonders die Josef-Schwarz-Schule, die aktuell mit geplanten mehr als 1000 SchülerInnen als größte Privatschule in Deutschland gebaut wird, trägt zu diesem Missstand bei. Wir wünschen Ihrer Initiative viel Erfolg!“

„Gerne füge ich Ihnen die entsprechende Passage aus dem Wahlprogramm der SPD für die Landtagswahl im März 2021 bei, Sie finden das komplette Dokument hier: [SPD BW Wahlprogramm 2021.pdf \(spd-bw.de\)](https://www.spd-bw.de/Dateien/SPD_BW_Wahlprogramm_2021.pdf) Sie sehen, die SPD ist hier klar positioniert.“

„vielen Dank für Ihre Nachricht. Jedoch sind wir hierfür nicht zuständig! Wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihr Vorhaben!“

„herzlichen Dank für Ihre Mail und die damit verbundenen Informationen für ihren Appell für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg. Wie Ihnen mein Fraktionskollege der Freien Wähler bereits geschrieben hat, werden wir ihren Appell fraktionsintern beraten und unterstützen können. **Besonders für eine finanzschwache, aber Bildungsstätten reiche Stadt ist ein gerechter Finanzausgleich für die Trägerschaft von Schulen besonders wichtig.** Für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung danken wir vorab.“

„vielen Dank für Ihren Impuls.

Ich nehme Ihr Anliegen in eine der nächsten Sitzungen unserer Kreistagsfraktion mit und werde es dort besprechen.“

„ich drücke weiterhin die Daumen. In Dithmarschen hat der Kreis Mitte des letzten Jahres, nach fast 6 Jahren "Kampf" einen großen Schritt gemacht und für Schüler und Schülerinnen sowie Auszubildende eine Lösung der Schülerbeförderungskosten gefunden. Die Schülerbeförderungskosten werden bis inkl. der 13. Klasse bzw. des Endes der Schulzeit im Rahmen der Ausbildung ganz oder anteilig übernommen.“ *(Rückmeldung aus dem Bundeselternrat Schleswig Holstein!- Anm. d. Red.)*

„Sie sprechen ein wichtiges Thema an. **Wir leben in eine Zeit, in welcher der demokratiegefährdende Abstand zwischen Arm und Reich immer schneller wächst,** in einer Zeit der Artenausrottung und des Klimawandels. Das sind die Schwerpunktthemen meiner Arbeit als GRÜNER Kreisrat.“

„vielen Dank für Ihre Mail

Ich werde ihr Anliegen mit unterstützen. **Bildung ist der zentrale Schlüssel für die Zukunft unserer Gesellschaft und deshalb müssen wir uns zukunftsfähig aufstellen.**

Dazu gehören auch ausreichende finanzielle Mittel“

„mit dieser Forderung rennen Sie bei mir offene Türen ein. Allerdings habe ich als momentaner Einzelstadtrat wenig Möglichkeiten, Sie aktiv zu unterstützen. Aber ich wünsche Ihnen bei Ihren Bemühungen viel Erfolg und werde mich einer eventuellen entsprechenden Initiative des Freiburger Gemeinderates gerne anschließen.“

„nach Rückkehr von meinem Urlaub habe ich Ihre Mail gelesen. Ich möchte Ihnen heute vor allem signalisieren, dass Ihr Anliegen mehr als berechtigt ist und im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit einmal die Kosten für die Fahrten **und** die Lern- und Lehrmittel von der öffentlichen Hand getragen werden sollten. Machen Sie weiter so, ich werde Ihre Argumentation auch in den Gremien vortragen.“

„Ich habe mit meiner Kreistagsfraktion über Ihr Anliegen gesprochen. **Wir sind ebenfalls der Meinung, dass es korrekt wäre, wenn alle Eltern in allen Bundesländern gleichbehandelt würden und dass Beförderungskosten zur Schule vom Staat/Land getragen werden sollten.** Allerdings kann ein Kreistag in dieser Angelegenheit nichts beschließen bzw. kann die Kosten ohne das Land aus finanziellen Gründen nicht tragen. Der Ball liegt eindeutig beim Landtag Baden-Württemberg.“

„bitte entschuldigen Sie meine späte Antwort auf Ihr Schreiben.

Zunächst möchte ich mich für Ihr Engagement für die Belange der Eltern und deren Kinder bedanken.

Bildungsgerechtigkeit beinhaltet u.a. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Kinder gleichermaßen Zugang zu Bildungseinrichtungen haben und entsprechend gefördert werden können.

Wir setzen uns als Grüne Kreistagsfraktion in allen Bereichen dafür ein, soweit wir darauf Einfluss nehmen können und die Mehrheit im Gremium mit uns dafür stimmt.

Das betrifft auch die Schulen in der Zuständigkeit des Landkreises, das sind die Berufsschulen mit den angeschlossenen Schultypen und die Bildungseinrichtungen mit besonderem Bildungsauftrag.

Die Fahrtkosten für die Schüler*innenbeförderung werden durch die vorgegebenen gesetzlichen Regelungen bestimmt. **Das JugendTicketBW begrüßen wir als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan, was aber nicht ausreichen kann.**

Aus meiner Sicht müssen die Länder und auch der Bund zur entsprechenden finanziellen Entlastung einen höheren Beitrag leisten.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns als Fraktion und Kommunalpolitiker für mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzen, soweit es in die Zuständigkeit des Kreistages fällt.

Wir bleiben dran.

Für Rückfragen und bei konkreten, den Kreis betreffenden Belangen, stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Ausdauer und Erfolg und verbleibe mit freundlichen Grüßen“

„vielen Dank für Ihre Mail. Die SPD unterstützt ihr Ziel, dort wo wir mit Maßnahmen auf kommunaler Ebene flankieren können, tun wir dies.“

„sehr gerne unterstütze ich Ihre wertvolle Initiative! Es liegt so vieles im Argen. Beispielsweise habe ich mich auch vor zwei Jahren für mehr Lehrkräfte bei uns eingesetzt. <https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/kreis-waldshut/mit-einer-rosaroten-kuckucksuhr-will-diese-lehrerin-fuer-mehr-bildungsgerechtigkeit-im-kreis-waldshut-sorgen;art372586,10678664>

Leider mahlen die Mühlen sehr langsam.

Mit den besten Grüßen in der Hoffnung auf mehr Bildungsgerechtigkeit“

Anmerkung

Unser „Appell für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg“ vom 12.02.2023 ist auf überwiegend positive Resonanz gestoßen, oft mit Dank verbunden. Wir freuen uns über so viel Zustimmung verbunden mit der Hoffnung, dass das Problem um die Schülerbeförderung in Baden-Württemberg landesweit an Bedeutung gewinnt und zu lösungsorientierten Gesprächen der Finanzexperten des Landkreistags, des Städtetags und des Gemeindetags mit der Landesregierung Baden-Württemberg führt.

Der „Appell für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg“ auf unserer Homepage: www.elternrechte-bw.de - unter „Weitere Infos“ - 15.02.2023 Appell an die Politik

02.03.2023

Das Team der Initiative "Eltern für Elternrechte in Baden-Württemberg"